

Thiele, Carl-Ludwig et al.

Article

Diskussion um das Bargeld: Hätte eine Abschaffung von Banknoten und Münzen wirklich Vorteile?

ifo Schnelldienst

Provided in Cooperation with:

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Thiele, Carl-Ludwig et al. (2015) : Diskussion um das Bargeld: Hätte eine Abschaffung von Banknoten und Münzen wirklich Vorteile?, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 68, Iss. 13, pp. 3-18

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/165605>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Diskussion um das Bargeld: Hätte eine Abschaffung von Banknoten und Münzen wirklich Vorteile?

In der öffentlichen Diskussion gibt es immer wieder Wissenschaftler, die für eine Abschaffung des Bargelds plädieren. Ihrer Ansicht nach würde ein solcher Schritt die faktische Zinsuntergrenze von null beseitigen und damit der Geldpolitik weiteren Handlungsspielraum eröffnen. Zudem erschwere die Abschaffung des Bargelds anonyme Transaktionen und helfe im Kampf gegen Schwarzarbeit und Steuerhinterziehung. Sind die vorgebrachten Argumente überzeugend?

Bargeld in Deutschland weiterhin unverzichtbar

Das Euro-Bargeld ist in Deutschland gesetzliches Zahlungsmittel und kann von Unternehmen sowie von Bürgerinnen und Bürgern zur Abwicklung wirtschaftlicher Transaktionen und zur Wertaufbewahrung verwendet werden. Gleichzeitig wird im Bargeld die gemeinsame Währung für die Bürgerinnen und Bürger greifbar. Das Vertrauen in die Währung beginnt insofern beim Bargeld. Die sichere und zuverlässige Bereitstellung von Bargeld in Deutschland ist deshalb nach § 3 Bundesbankgesetz eine zentrale Aufgabe der Deutschen Bundesbank.

Es gibt jedoch in der öffentlichen Diskussion Stimmen, die die vollständige Abschaffung oder teilweise Zurückdrängung des Bargelds als Zahlungsmittel fordern. Dabei wird argumentiert, dass eine Abschaffung des Bargelds die Beschränkung der Geldpolitik durch eine Nullzinsgrenze grundsätzlich beseitigen und so die geldpolitischen Handlungsmöglichkeiten in einer Situation sehr niedriger Zinsen erweitern würde. Kritiker argumentieren auch, Bargeld sei als Zahlungsmittel zu teuer und erleichtere schattenwirtschaftliche Aktivitäten.¹

Diesen Vorschlägen zu einer Abschaffung des Bargelds steht die Deutsche Bundesbank ablehnend gegenüber. Die Bürgerinnen und Bürger sollen selbst entscheiden, in welchem Ausmaß sie Bargeld oder bargeldlose Zahlungsmittel verwenden

den möchten. Die aktuelle Studie der Bundesbank zum Zahlungsverhalten in Deutschland zeigt, dass das Bargeld von vielen Bürgerinnen und Bürger für die Abwicklung alltäglicher Geschäfte verwendet wird und somit in der Bevölkerung fest verankert ist. Deshalb ist das Bargeld in Deutschland weiterhin unverzichtbar.

Bargeld und die Nullzinsgrenze

Lange Zeit wurde das Szenario, die Geldpolitik könne mit ihrem Zinsinstrument an die Nullzinsgrenze geraten, von vielen Experten als Kuriosum betrachtet. Im Zuge der Finanzkrise ist dies jedoch für viele Notenbanken vor dem Hintergrund einer schwachen realwirtschaftlichen Entwicklung und sehr niedriger, teils negativer Inflationsraten Realität geworden. Dies gilt auch für das Eurosystem (vgl. Abb. 1).

Manche Ökonomen befürchten, dass solche Situationen mit niedrigen Zinsen und niedriger Inflation, die in der Vergangenheit eher selten waren, in Zukunft häufiger auftreten könnten. Vor diesem Hintergrund argumentieren Kenneth Rogoff und auch Peter Bofinger, Mitglied im Sachverständigenrat, Bargeld behindere als zinsloses Wertaufbewahrungsmittel die Durchsetzung negativer Zinsen und schränke dadurch den geldpolitischen Handlungsrahmen ein. In einer Situation niedriger Zinsen und niedriger Inflationsraten könnten die geldpolitischen Akteure ein Interesse an negativen Zinsen zur Belebung der wirtschaftlichen Aktivität haben. Bei der Durchsetzung von Negativzinsen sind den Zentralbanken aber Grenzen gesetzt, wenn das Bargeld als zinsloses Wertaufbewahrungsmittel zur Verfügung steht. Falls die Zinsen zu weit in den negativen Bereich sinken würden, könnten Bargeldnutzer zur Vermeidung von Zinszahlungen ihre Bargeldhaltung erhöhen. Eine Abschaffung des Bargelds erweitere somit die geldpoli-



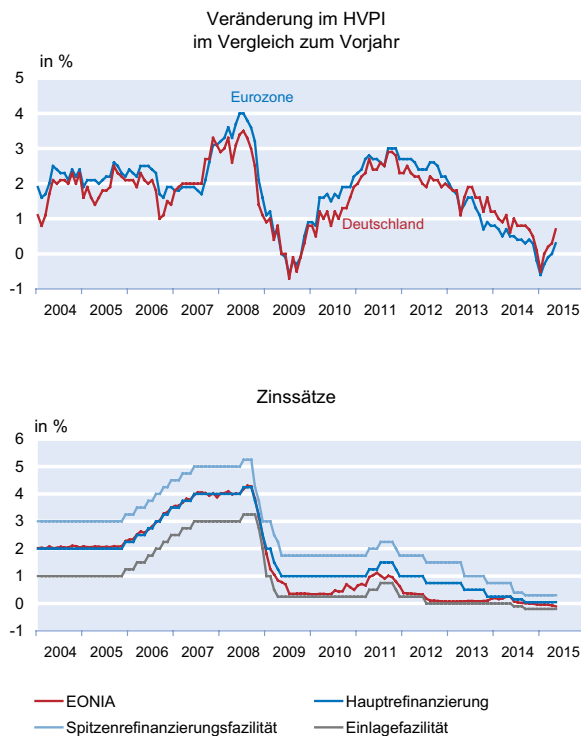
Carl-Ludwig Thiele*

* Carl-Ludwig Thiele ist Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbank.

¹ Vgl. dazu zum Beispiel Peter Bofinger in einem Interview, erschienen unter dem Titel »Bargeld ist ein Anachronismus«, *Der Spiegel* 21/2015 oder Kenneth Rogoff, »Costs and Benefits to Phasing Out Paper Currency«, NBER Macroeconomics Annual 2014, Vol. 29, 2015, herausgegeben von Jonathan Parker und Michael Woodford, im Erscheinen.

Abb. 1

Inflation und Zinsen im Euroraum



Quelle: Deutsche Bundesbank.

schen Handlungsmöglichkeiten der Zentralbanken und schaffe Optionen für eine noch expansivere Geldpolitik.

Eine Abschaffung des Bargelds kann aus Sicht der Deutschen Bundesbank keinen Beitrag zur Bewältigung der aktuellen Krise leisten, schon allein aufgrund der für eine Abschaffung nötigen langen Vorlaufzeiten. Eine noch expansivere Geldpolitik würde zudem nicht die Hauptursachen der derzeitigen niedrigen Inflation adressieren, nämlich die Wachstumsschwäche. Der politische Schwerpunkt sollte vielmehr auf Bestrebungen zur Haushaltskonsolidierung sowie auf Strukturreformen liegen. Auch war das Bargeld bislang kein Hindernis für die Durchführung der Geldpolitik des Eurosystems. Einlagen der Geschäftsbanken bei den Zentralbanken des Eurosystems werden aktuell negativ verzinst (vgl. Abb. 1). Weder Geschäftsbanken noch Bürgerinnen und Bürger haben aber als Reaktion auf die negative Einlagefazilität nennenswerte zusätzliche Bargeldbestände aufgebaut. Dies liegt mit daran, dass die Geschäftsbanken die negativen Zinsen noch nicht an die privaten Haushalte weitergegeben haben. Auch ist die Einlagefazilität nicht so weit in den negativen Bereich gesunken, so dass die Kosten für Versicherung, Lagerung und Transport von Bargeld die zu leistenden Zinszahlungen noch übersteigen.

Eine Abschaffung des Bargelds zur Erweiterung des geldpolitischen Handlungsspielraums wäre in jedem Fall ein

drastischer Schritt, der nicht nur aus geldpolitischer Perspektive zu betrachten wäre. Ein funktionierendes Zahlungssystem ermöglicht schließlich erst die Arbeitsteilung in einer Gesellschaft und ist damit für die ökonomische Wohlfahrt von großer Bedeutung.

Kritik am Bargeld

Forderungen nach einer Abschaffung des Bargelds werden gelegentlich auch damit begründet, Bargeld sei als Zahlungsmittel zu teuer und unterstütze schattenwirtschaftliche Aktivitäten. Für Deutschland liegen keine belastbaren Studien zu den Kosten von baren im Vergleich zu unbaren Zahlungsinstrumenten vor. Zwar fällt nur ein Teil der volkswirtschaftlichen Kosten von Bargeld direkt beim Handel an, doch stellt dieser derzeit jedenfalls für sich fest, dass Bargeld insbesondere bei kleineren Beträgen kostengünstiger ist als unbare Zahlungsinstrumente. Die Deutsche Bundesbank arbeitet zudem stetig daran, durch Investitionen und technische Neuerungen die Kosten der Bargeldbearbeitung weiter zu reduzieren. So wird beispielsweise in den nächsten Jahren eine neu errichtete, hochmoderne Bundesbankfiliale in Dortmund den Betrieb aufnehmen.

Das Bargeld erlaubt die Durchführung von Transaktionen, schnell und einfach, Zug um Zug, Ware oder Dienstleistung gegen Geld. Dies führt zudem zu einer anonymen, von Dritten nicht nachvollziehbaren Abwicklung. In der Verwendung eines anonymen Zahlungsmittels kommt bei vielen Bürgerinnen und Bürgern der Wunsch zum Ausdruck, ihre Privatsphäre zu schützen und ihr Recht auf informationelle Selbstbestimmung auszuüben. In einigen Fällen wird das Bargeld aber auch für nicht legale Zwecke verwendet. Eine vollständige Abschaffung des Bargelds könnte Schwarzarbeit und Kriminalität deshalb erschweren, allerdings nur, wenn Personen, die kriminell handeln, nicht ohne weiteres auf Substitute ausweichen können. So könnte beispielsweise auf Bargeld in anderen Währungen oder auf alternative Tauschmittel zurückgegriffen werden. Eine Abschaffung des Bargeldes würde somit voraussetzen, dass Bargeld nicht nur in Deutschland, sondern weltweit abgeschafft würde. Dass es so weit kommen wird, erscheint wenig realistisch.

Gleichzeitig würde eine Abschaffung des Bargelds nur die Symptome, nicht aber die Ursachen schattenwirtschaftlicher Aktivitäten bekämpfen – nachhaltige Erfolge im Kampf gegen Kriminalität und Schwarzarbeit dürften sich so nicht erzielen lassen. Eine Abwägung der Vor- und Nachteile einer Abschaffung von Bargeld müsste zudem auch den Nutzen von Bargeld beziffern. Eine derartige Abwägung wird allerdings aus Sicht der Deutschen Bundesbank in der derzeitigen Debatte nur unzureichend vorgenommen.

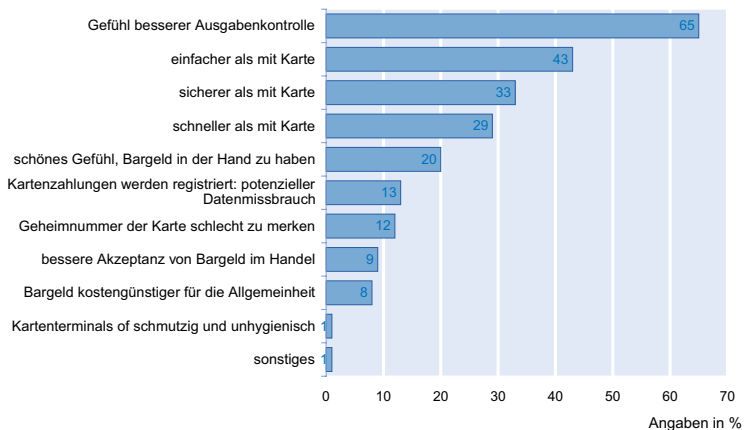
Starke Nachfrage nach Bargeld

Die Deutsche Bundesbank untersucht regelmäßig mit einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage die Einstellung zu und die Verwendung von verschiedenen Zahlungsinstrumenten in Deutschland. Dabei werden die Teilnehmer der Studie gebeten, ein Zahlungstagebuch zu führen, in dem sie über einen Zeitraum von sieben Tagen alle getätigten Ausgaben protokollieren. Unberücksichtigt bleiben dabei regelmäßige Zahlungen wie zum Beispiel für Strom, Wasser, Gas, die Miete oder auch Versicherungsbeiträge, die üblicherweise unbar beglichen werden. Die jüngste Zahlungsverhaltensstudie hat gezeigt, dass Bargeld für beinahe 80% aller Transaktionen genutzt wird. Der wertmäßigste Anteil beläuft sich auf 53% der getätigten Umsätze. Im Vergleich zu früheren Erhebungen verringert sich die Bedeutung des Bargelds im Zahlungsverkehr im Zeitverlauf, allerdings nur langsam. Dies deutet auf eine geringe Verhaltensänderung bei der Zahlungsmittelwahl hin. Eine Abschaffung des Bargelds würde deshalb einen erheblichen Umstellungsaufwand in der Bevölkerung bedingen, und dadurch einen gewissen Unmut erzeugen.

Welche Gründe gibt es für diese hohe Wertschätzung des Bargeldes? In der Zahlungsverhaltensstudie der Deutschen Bundesbank 2014 haben 33% der Befragten angegeben, grundsätzlich nur bar zu bezahlen. Diese Verbraucherinnen und Verbraucher wurden in einem nächsten Schritt nach den Gründen für diese Entscheidung befragt. Die Ergebnisse sind in Abbildung 2 dargestellt. Der mit Abstand wichtigste Grund

Abb. 2

Gründe für ausschließliche Barzahlung Studie zum Zahlungsverhalten 2014



Mehrfachnennungen möglich (max. 3); gemäß Selbstauskunft der Befragten.
Basis: Befragte, die angeben, ausschließlich mit Bargeld zu bezahlen.

Quelle: Deutsche Bundesbank.

für die Auswahl von Bargeld als Zahlungsmittel ist das Gefühl besserer Ausgabenkontrolle. Bargeld ist somit für viele Bürgerinnen und Bürger ein effektives Instrument zur Haushaltsplanung. An zweiter Stelle werden die Einfachheit, Sicherheit und Schnelligkeit des Zahlens mit Bargeld herausgestellt. Welches Zahlungsmittel als effizient und zweckmäßig wahrgenommen wird, liegt letztlich im Auge des Betrachters. Denn auch für die Befragten, die möglichst immer bargeldlos bezahlen, sind die gleichen Kriterien sehr wichtig. Für einige Verbraucherinnen und Verbraucher erfüllt Bargeld die genannten Kriterien am besten, für andere bargeldlose Zahlungsinstrumente. Es wird dasjenige Instrument gewählt, das in den eigenen Augen die Anforderungen am besten erfüllt. Eine Abschaffung des Bargelds würde diese freie Wahl der Zahlungsinstrumente einschränken. Das Bargeld bietet darüber hinaus weitere Vorteile. Neben der Nutzung als anonymes Zahlungsmittel ist Bargeld zudem von technischer Infrastruktur weitgehend unabhängig und damit auch in einem Krisenfall einsetzbar. Gerade in einem Krisenfall könnte die Bevölkerung auch von der Möglichkeit profitieren, Bargeld als Wertaufbewahrungsmittel zu verwenden. Auch ist es bisher nicht überall möglich, bargeldlos zu bezahlen, beispielsweise in Bäckereien.

Tab. 1

Anteil von Zahlungsinstrumenten nach Umsatz und Transaktionszahl

Zahlungsinstrument	Verteilung nach Umsatz			Verteilung nach Transaktionszahl		
	Anteil in %			Anteil in %		
	2014	2011	2008	2014	2011	2008
Barzahlung	53,2	53,1	57,9	79,1	82,0	82,5
girocard	29,4	28,3	25,5	15,3	13,4	11,9
Kreditkarte	3,9	7,4	3,6	1,3	1,8	1,4
Lastschrift	3,0	0,7	1,9	0,5	0,3	0,6
Überweisung	5,3	8,2	8,9	1,0	1,3	1,8
Internetbezahlverfahren	2,8	1,7	0,3	0,9	0,7	0,1
Bezahlen mit Mobiltelefon	0,0	0,0	–	0,0	0,0	–
Sonstiges	2,6	0,5	1,2	1,9	0,4	1,0

Die Angaben beziehen sich auf die von den Befragten (2 019 Personen) der Zahlungsverhaltensstudie während der Tagebuchwoche getätigten Transaktionen und sind repräsentativ für Deutschland.

Quelle: Zahlungsverhalten in Deutschland 2014: Dritte Studie über die Verwendung von Bargeld und unbaren Zahlungsinstrumenten, Deutsche Bundesbank, Frankfurt am Main.

Schlussbemerkungen

Das Bargeld ist ein Zahlungsmittel mit einer langen Tradition und einer entsprechend festen Verankerung in der Bevölkerung. Immer wieder werden jedoch Forderungen nach einer Abschaffung laut. Kritiker wie Kenneth Rogoff oder Peter Bofinger argumentieren, dass das Bargeld als Zahlungsmittel teuer

sei und auch in der Schattenwirtschaft Verwendung finde. Eine Abschaffung des Bargelds könne zudem die Nullzinsgrenze der Geldpolitik beseitigen und so künftig den geldpolitischen Handlungsspielraum erweitern. Nicht alle für eine Abschaffung des Bargelds vorgebrachten Argumente sind vollständig überzeugend. So ist das Bargeld nicht notwendigerweise teurer als andere Zahlungsmittel, und ob sich die Schattenwirtschaft tatsächlich durch eine Abschaffung des Bargelds bekämpfen ließe, ist zu bezweifeln.

Trotz aller Kritik wird das Bargeld in Deutschland in einem großen Umfang nachgefragt und von der Bevölkerung sehr geschätzt. Das Bargeld wird als einfaches, sicheres und schnelles Zahlungsmittel wahrgenommen. Bargeld wird auch als Instrument zur Haushaltsplanung verwendet, denn viele Bürgerinnen und Bürger berichten, dass sie bei der Verwendung von Bargeld einen besseren Überblick über ihre eigenen Ausgaben haben. Bürgerinnen und Bürger schätzen das Bargeld zudem als anonymes Zahlungsmittel, das es ihnen erlaubt, ihre Privatsphäre zu schützen und ihr Recht auf informationelle Selbstbestimmung auszuüben. Bargeld ist schlussendlich auch von technischer Infrastruktur weitgehend unabhängig und kann als gesetzliches Zahlungsmittel immer und überall verwendet werden, insbesondere auch in einem Krisenfall. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass das Bargeld als modern, effizient und nutzenstiftend wahrgenommen wird.

Die Entscheidung über die Rolle des Bargelds als gesetzliches Zahlungsmittel liegt letztlich beim Gesetzgeber. Aus Sicht der Deutschen Bundesbank sollte das Bargeld der Bevölkerung auch in Zukunft als Zahlungsmittel erhalten bleiben. Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf, selbst zu entscheiden, welche Zahlungsmittel sie verwenden möchten.



Dirk Niepelt*

Zentralbankeinlagen für alle – ein neues monetäres Regime?

Erfüllen Notenbanken, Geschäftsbanken und andere Finanzintermediäre ihre volkswirtschaftlichen Aufgaben effektiv und effizient? Die Einschätzungen hierzu haben sich in den letzten Jahren stark gewandelt. Insbesondere der Bankensektor wird seit der Finanzkrise wesentlich kritischer beurteilt als zuvor. Auf Basis eines breiten gesellschaftlichen Konsenses werden Finanzinstitute daher zunehmend stärker reguliert und die Sicherung ihrer Standortvorteile wird politisch nicht mehr so stark gewichtet wie früher.

Auch an der Geldpolitik oder gar dem Geldsystem wird Kritik geübt. Im Euroraum haben Zweifel an der Stabilitätskultur der Europäischen Zentralbank neuen Auftrieb erhalten, weil sich ihr Direktorium zu einem »Quantitative-Easing«-Programm durchgerungen hat. In der Schweiz wurde der Nationalbank bis zum Ausstieg aus der Wechselkursuntergrenze gegenüber dem Euro vorgeworfen, dass sie im Interesse der Exportindustrie unter dem Vorwand der Deflationsbekämpfung unververtretbare Bilanzrisiken eingehe. Diese und ähnliche Kritik führte gar zur (letztlich verworfenen) »Goldinitiative«, die eine starke Einschränkung der geldpolitischen Flexibilität vorsah. Eine weitere Initiative schließlich – die »Vollgeldinitiative«, für die seit Monaten Unterschriften gesammelt werden – hinterfragt grundsätzlich das herrschende Geldsystem und fordert ein Verbot der Geldschöpfung durch Geschäftsbanken.

In der Wissenschaft und der akademisch geprägten Blogosphäre steht das Geldsystem ebenfalls vermehrt zur Debatte. So hat Kenneth Rogoff, Harvard-Ökonom und einflussreicher Politikberater, in einer Reihe von Artikeln und Vorträgen die Idee wiederbelebt, das Bargeld abzuschaffen. Rogoff argumentiert, ein solcher Schritt löse zwei wichtige Probleme: Zum einen beseitige er die faktische Zinsunter-

* Prof. Dirk Niepelt, Ph.D, ist Direktor des Studienzentrums Gerzensee und Professor an der Universität Bern. Der Beitrag ist auch erschienen in der Neuen Zürcher Zeitung, 20. Februar 2015.

grenze von (leicht unter) null, die der Geldpolitik in wichtigen Währungsräumen derzeit Fesseln anlegt, und zum anderen erschwere er anonyme Transaktionen und helfe damit im Kampf gegen Steuerhinterziehung und kriminelle Machenschaften.

Rogoffs Vorschlag und andere Vorstöße in ähnlicher Richtung lassen sich als Kombination zweier grundsätzlicherer Maßnahmen begreifen, die es sinnvollerweise getrennt voneinander zu beurteilen gilt. Die erste Maßnahme bestünde darin, jedermann die Möglichkeit zu geben, Notenbankgeld in elektronischer Form zu halten. Neben den Geschäftsbanken, denen diese Möglichkeit schon heute offen steht und die sie ausgiebig nutzen, könnten dann auch Privatpersonen und Firmen außerhalb des Finanzsektors Sichteinlagen bei der Zentralbank halten. Den Girokonten der Geschäftsbanken erwüchse Konkurrenz, sie wären aber weiterhin zulässig. (Im Gegensatz hierzu gäbe es in einem »Vollgeldsystem« keine Sichteinlagen bei Geschäftsbanken mehr.) Als zweite Maßnahme würde das Bargeld abgeschafft. Sind diese Maßnahmen sinnvoll?

Eine Liberalisierung des Zugangs zu Zentralbankeinlagen brächte erhebliche Vorteile mit sich. Zum einen würde das Risiko von »Bank-Runs« verringert und die Finanzstabilität gestärkt, wenn Privatpersonen und Firmen Einlagen bei der Zentralbank halten und diese für den Zahlungsverkehr nutzen könnten. Denn Sichteinlagen bei der Zentralbank stellen Notenbankgeld dar – im Gegensatz zu den Einlagen bei Geschäftsbanken, die lediglich Ansprüche auf Notenbankgeld begründen. Ernsthafte Zweifel an der Liquidität und Bonität von Einlagenforderungen gegenüber der Zentralbank dürften daher nicht aufkommen, und »Bank-Runs« infolge von Vertrauenskrisen sollten auf den Geschäftsbankensektor beschränkt bleiben. Damit wäre die Gefahr geringer, dass Krisen im Finanzsektor die Stabilität des Zahlungsverkehrssystems beeinträchtigen. Entsprechend ließe sich die öffentliche »Versicherung« von Einlagen reduzieren, und dies wiederum trüge zu verringerten Anreizproblemen im Finanzsektor bei.

Zum anderen würde die Liberalisierung einen störenden Widerspruch zwischen der Geldverfassung und gesetzlichen Bestimmungen zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung auflösen. In vielen Staaten wird die legale Nutzung von Bargeld für spezifische Transaktionen aus steuerlichen Gründen zunehmend eingeschränkt, obwohl es gesetzliches Zahlungsmittel ist. Gleichzeitig wird der Einsatz elektronischen Geldes privilegiert oder gar vorgeschrieben. Dem Privatsektor wird das Halten und Akzeptieren von Sichteinlagen bei Geschäftsbanken somit mehr oder minder aufgedrängt, obwohl jene kein gesetzliches Zahlungsmittel darstellen und im Vergleich zum Notenbankgeld größeren Risiken ausgesetzt sind. Der Wechsel hin zu einem System mit allgemein

zugänglichen Zentralbankeinlagen würde diesen unbefriedigenden Zustand beenden.

Die Liberalisierung brächte aber auch Probleme mit sich. Eine Verlagerung von Sichteinlagen aus den Bilanzen der Geschäftsbanken in jene der Zentralbank würde die Finanzierung von Krediten mit diesen Mitteln einschränken und sich somit direkt auf eine Aktivität des Bankensektors auswirken. Diese Aktivität ist gesamtwirtschaftlich sinnvoll, wenn sie Privatpersonen und Firmen die Möglichkeit bietet, sich gegen Liquiditätsschocks abzusichern, ohne zu jedem Zeitpunkt hohe Bestände an Notenbankgeld halten zu müssen. Gleichzeitig zieht sie aber auch Kosten nach sich. Denn wenn viele Einleger ihre Guthaben gleichzeitig auflösen wollen, die Auszahlung von Notenbankgeld verlangen und es infolgedessen zu »Bank-Runs«, »Fire-Sales« und Insolvenzen im Finanzsystem kommt, so führt dies zu erheblichen volkswirtschaftlichen Schäden. Und wenn hiergegen Schutzmechanismen wie zum Beispiel eine Einlagensicherung errichtet werden, so resultieren daraus Fehlanreize und somit wiederum Kosten für die Allgemeinheit. Eine schlüssige Antwort auf die Frage, ob die Vor- oder Nachteile der Kreditfinanzierung mit Sichteinlagen überwiegen, steht noch aus.

Während der eigentlichen Systemumstellung wäre mit weiteren Problemen zu rechnen. Je nachdem, wie groß die Portfolioumschichtungen des Privatsektors im Rahmen eines Systemwechsels ausfielen, könnte die Nachfrage nach Notenbankgeld erheblich steigen und diejenige nach Giroguthaben bei den Geschäftsbanken stark fallen. Dies wiederum könnte zu einem Austrocknen der Liquidität im Bankensektor führen und »Bank-Runs« begünstigen, sofern die Zentralbank nicht in großem Maße zusätzliche Liquidität bereitstellen würde. Den Bedarf hierfür verlässlich abzuschätzen, wäre schwierig; sowohl die Finanz- als auch die Preisstabilität wären daher zusätzlichen Risiken unterworfen.

Daneben wären technische Fragen zu klären, beispielsweise in Bezug auf das Zahlungsverkehrssystem. Derzeit nutzen Banken Clearingsysteme, um sich gegenseitig Guthaben bei der Zentralbank gutschreiben oder zu belasten. In einem System mit allgemein zugänglichen Zentralbankeinlagen könnten diese Clearingsysteme auch für Privatpersonen geöffnet oder aber es könnten parallele Zahlungsverkehrsnetzwerke aufgebaut werden. Denkbar wäre auch, dass die Geschäftsbanken außerhalb ihrer Bilanzen Konten in Notenbankgeld für ihre Kunden führen und in deren Auftrag Zahlungen über das Clearingsystem abwickeln.

Andere technische Fragen betreffen die Umsetzung der Geldpolitik nach einem Systemwechsel. Sollten Zentralbanken weiterhin Notenbankgeld an Banken verleihen oder auch an das breite Publikum – und zu welchen Zinssätzen?

Oder sollte neues Notenbankgeld durch Transfers an den Staat oder die Bürger in Umlauf gebracht werden, wie dies in einem ähnlichen Kontext die »Vollgeldinitiative« vorsieht? Diese Fragen sind nicht einfach und schon gar nicht eindeutig zu beantworten. Falls der Zugang zu Zentralbankeinlagen liberalisiert würde, böte sich daher eine schrittweise und vorsichtige Vorgehensweise an.

Rogoffs Vorschlag, das Bargeld abzuschaffen, geht über die beschriebene Liberalisierung hinaus und wirft zusätzliche Fragen auf. Die Abschaffung von Noten und Münzen würde Anlegern in der Tat die Möglichkeit nehmen, negative Guthabenzinsen zu umgehen, indem sie Gelder abheben und in bar halten; dadurch entfielen die Zinsuntergrenze von (leicht unter) null als Restriktion für die Geldpolitik, und die Zentralbank gewönne an Möglichkeiten, die Konjunktur zu stimulieren oder Kapitalflüsse zu steuern. Doch dies lässt sich auch auf anderem Weg erreichen. So wirkt sich neben geldpolitischen Maßnahmen zum Beispiel auch die Steuerpolitik auf den effektiven realen Zinssatz und damit die Konsum- und Investitionsnachfrage aus. Ein mögliches Instrument in diesem Zusammenhang ist der Mehrwertsteuersatz. Eine angekündigte schrittweise Anhebung dieses Satzes (gegebenenfalls begleitet von einer pauschalen Steuerrückerstattung an die Konsumenten) schafft aus Sicht der Verbraucher dieselben Kaufanreize wie eine Senkung des Nominalzinses: Beide Maßnahmen führen dazu, dass ein Vorziehen von Käufen finanziell attraktiver wird.

Selbst wenn man aus ordnungspolitischen Gründen auf derartige konjunkturpolitische Steueranreize verzichten und stattdessen die Zinsuntergrenze dauerhaft beseitigen wollte, ließe sich dies bewerkstelligen, ohne das Bargeld abzuschaffen. Es würde vielmehr genügen, den Wechselkurs zwischen Zentralbankeinlagen und Bargeld, der momentan bei einem Wert von eins fixiert ist, frei schwanken zu lassen. Bargeld und Zentralbankeinlagen hätten somit nicht mehr automatisch denselben Wert, und die Funktionen des Geldes als Zahlungsmittel und Recheneinheit wären entkoppelt.

Eine Abschaffung von Bargeld ist also nicht zwingend notwendig, um negative Zinssätze durchsetzen zu können, es sei denn, man fürchtet schädliche Auswirkungen des erwähnten flexiblen Wechselkurses. Darüber hinaus ist sie unter Umständen nicht einmal hinreichend. Denn selbst ohne Bargeld besteht durch das Vorauszahlen von Steuerrechnungen oder das vorzeitige Begleichen anderer Verbindlichkeiten die Möglichkeit, sich einen Zinssatz von mindestens null zu sichern. Um dies zu ändern, müssten Vorauszahlungen von Steuern verboten oder Gebühren unterworfen werden, und Zahlungen im privaten Geschäftsverkehr müssten Rabatte für Spätzahler vorsehen. Ohne derart drastische und ungewöhnliche Schritte bliebe selbst nach Abschaffung des Bargelds eine Form der Zinsuntergrenze bestehen.

Nach Ansicht der Befürworter bestünde ein Vorteil der Abschaffung von Bargeld weiterhin darin, Steuerhinterziehung und kriminelle Aktivitäten wirkungsvoller bekämpfen zu können. Doch realistisch betrachtet wäre selbst in dieser Hinsicht ein Erfolg der Maßnahme keineswegs garantiert. Denn wer seine Transaktionen gegenüber dem Staat geheim halten wollte, wäre dazu nach wie vor in der Lage. Zur Umgehung von Einkommens-, Vermögens- oder progressiven Verbrauchssteuern könnten Strohmänner angeheuert und undurchsichtige rechtliche Strukturen konstruiert werden, mit deren Hilfe sich die Identität der wirtschaftlich Begünstigten verschleiern lässt.

Kriminelle Transaktionen könnten ebenfalls mit Hilfe solcher Strukturen oder durch Insourcing im Verborgenen gehalten werden. Dabei würden bisher am Markt vorgenommene Transaktionen durch Vorleistungen innerhalb eines Unternehmens ersetzt. Da der Aufwand für derartige Maßnahmen weitgehend fixer Natur ist, würde die Abschaffung von Bargeld zu einer regressiven Belastung von Steuerhinterziehern und Kriminellen führen. Verbrechersyndikate dürften wohl weiterhin im Dunkeln operieren, und für Superreiche bliebe die Hinterziehung finanziell lohnend, während kleinere Steuerergehen seltener würden.

Gleichzeitig würde die Abschaffung des Bargelds zu einer dramatischen Einschränkung der Privatsphäre führen, der selbst durch den Einsatz von Cash-Karten, die anonyme bargeldlose Zahlungen kleiner Beträge erlauben, kaum wirkungsvoll begegnet werden könnte. Die möglichen Konsequenzen eines staatlich kontrollierten »gläsernen Konsumenten« lassen sich kaum überblicken. Selbst wenn sie verstanden und von einer Mehrheit der Bürger akzeptiert würden, sprächen der Schutz von Minderheiten und andere Werte prinzipiell dagegen, Information in diesem Ausmaß zwangsweise mit dem Staat und dessen Angestellten zu teilen. Von diesem Grundsatz sollte nur dann abgewichen werden, falls außerordentlich wichtige Gründe es als zwingend geboten erscheinen lassen; wie erläutert dürfte dies aber nicht der Fall sein.

Eine Abschaffung des Bargelds hätte auch weitaus banaler erscheinende Nachteile. So zeigen Untersuchungen, dass viele Verbraucher ihre Finanzen nicht im Griff haben und die damit verbundenen Probleme gravierender werden, wenn Kreditkarten und elektronische Zahlungsmittel mit ins Spiel kommen. In einer Welt ohne Bargeld könnte es für Kinder noch schwieriger werden, elementare Konzepte wie das einer Budgetrestriktion zu verstehen oder eine Motivation für private Ersparnisbildung zu entwickeln.

Schließlich steht auch die Durchsetzbarkeit einer Abschaffung von Bargeld und somit deren Relevanz in Frage. (Bei der »Vollgeldinitiative« stellt sich die Frage nach der Durchsetzbarkeit des Verbots von Sichteinlagen bei Geschäfts-

banken in ähnlicher Form.) Realistisch betrachtet würde eine solche Abschaffung wohl nicht nur zu einer Zunahme elektronischer Zahlungen führen, sondern auch dazu, dass sich neue Tauschmittel etablieren: Man denke zum Beispiel an Bons, Zigaretten oder Bargeld in ausländischer Währung. Dieser Substitutionsprozess liefe dem ursprünglich verfolgten Ziel diametral entgegen. Statt die Kontrolle von Staat und Zentralbank über den Zahlungsverkehr und den Preis des Geldes zu stärken, ginge diese Kontrolle in Teilbereichen verloren.

Dies führt zu einem grundsätzlichen Aspekt, der nicht aus den Augen verloren werden darf: In einer freien Gesellschaft ist das mögliche Ausmaß staatlicher Kontrolle über das Geldwesen durch die Bereitschaft der Bürger begrenzt, das staatlich bewirtschaftete Geld zu akzeptieren. Schlussendlich entscheidet somit die Nützlichkeit des Geldes darüber, inwieweit es der Staat Beschränkungen unterwerfen kann. Vorschläge zur Änderung des Geldsystems müssen dieser Tatsache Rechnung tragen.

Eine Abschaffung von Bargeld ist unverhältnismäßig. Mit großer Wahrscheinlichkeit dürfte sie darüber hinaus zumindest einzelne Ziele verfehlen. Die Liberalisierung des Zugangs zu Zentralbankeinlagen hingegen könnte den Nutzen staatlich bewirtschafteten Geldes erhöhen und bestehende Probleme entschärfen. Selbst diejenigen, die weitergehende Reformen des Geldwesens fordern, könnten eine derartige Liberalisierung vielleicht als Zwischenschritt begreifen und ihr vor diesem Hintergrund etwas abgewinnen. Die Einführung von »Zentralbankeinlagen für Alle« verdient daher ernsthafte Erwägung.



Malte Krüger*



Franz Seitz**

Bargeldlos oder bar jeglichen Verstands? Was die Abschaffung des Bargeldes bringt oder eben gerade nicht

Der amerikanische Ökonom Kenneth Rogoff und andere schlagen vor, das Bargeld abzuschaffen (oder unattraktiv zu machen), um die Schattenwirtschaft einzudämmen und die Effektivität der Geldpolitik bei Negativzinsen zu erhöhen (vgl. Rogoff 2014 und stellvertretend für weitere Autoren Kimball 2013; Buiter 2009).¹ Spätestens nach dem Spiegel-Interview mit dem Wirtschaftsweisen Peter Bofinger ist die Diskussion inzwischen auch in der deutschen Öffentlichkeit angelangt (vgl. Der Spiegel 2015). Die Vorschläge hören sich in der Theorie alle ganz gut an und sind vor dem Hintergrund der Existenz moderner unbarer Zahlungsinstrumente auch auf den ersten Blick attraktiv. Aber in der Praxis ergeben sich dadurch vielschichtige Probleme. Zunächst einmal wären die Auswirkungen einer solchen Maßnahme sicherlich begrenzt, wenn nur in einem Währungsraum Bargeld abgeschafft würde. Wenn wir uns zum Beispiel in der Eurozone zu diesem Schritt entschließen sollten und gleichzeitig der Schweizer Franken und der US-Dollar weiterhin in Münzen und Scheinen erhältlich sind, dann werden sich die Bewohner des Euro-Währungsgebiets ausländisches Bargeld verschaffen. Rogoffs Vorstellung hat also allenfalls dann Sinn, wenn sich international zumindest die Länder mit den wichtigsten Weltwährungen (US-Dollar, Schweizer Franken, Japanischer Yen, Britisches Pfund) zu einem solchen Schritt durchringen würden. Aber selbst in einem solchen äußerst unrealistischen Fall ist zu bezweifeln, dass sich die erhofften positiven Effekte einstellen. Gleichzeitig sind die sprichwörtlichen »Risiken und Nebenwirkungen« zu beachten.

Wenn das Bargeld abgeschafft ist, werden die Leute bei Negativzinsen versuchen, auf andere Aktiva auszuweichen.

* Prof. Dr. Malte Krüger ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Hochschule Aschaffenburg.

** Prof. Dr. Franz Seitz ist Professor an der Ostbayerischen Technischen Hochschule Weiden.

¹ Weniger radikal ist der Vorschlag, Noten mit hoher Denomination abzuschaffen (vgl. Rogoff 1998; van Hove 2007).

So kann man sich vorstellen, dass dann die Nachfrage nach Gold und anderen Edelmetallen deutlich ansteigt. Auch Immobilien würden vermutlich sehr gefragt sein. Dort könnte es zu ausgeprägten Preisblasen kommen, und die nächste Finanzkrise stünde vor der Tür. Zudem wäre danach zu fragen, ob es den Leuten nicht gelingen kann, auf Alternativen auszuweichen, die ihnen auf alle Fälle eine Nullverzinsung garantieren. So ist es jederzeit möglich, auf Gutscheine überzugehen, Schecks zu verwenden und zunächst nicht einzulösen, Steuervorauszahlungen zu leisten oder Kredite vorzeitig zurückzubezahlen. Auch sollten Verhaltensänderungen und ausgelöste Anreize zu »Finanzinnovationen«, um die Beschränkung zu umgehen, auf alle Fälle mit berücksichtigt werden. Die Bevölkerung sieht sich ja einer Situation gegenüber, in welcher durch die Null- bzw. Negativzinspolitik der Sparer und die Volkswirtschaft insgesamt negativ betroffen sind (vgl. z.B. Rösl und Tödter 2015). Und durch staatliche Intervention soll nun das Medium abgeschafft werden, mit dem man sich gegen diese Politik, zumindest teilweise, zur Wehr setzen kann. Die Anreize für Ausweichreaktionen bzw. Arbitragemöglichkeiten werden dabei umso größer sein, je länger die Negativzinsphase anhält und je stärker sie ausfällt.

Auch bei dem Schattenwirtschafts- bzw. Schwarzgeldargument gilt zunächst einmal, dass dieser Effekt nur sehr begrenzt auftreten würde, wenn ein Währungsgebiet isoliert einen solchen Schritt vornimmt. Die Schattenwirtschaft würde dann vermehrt auf andere Währungen ausweichen. Weiterhin sollte bedacht werden, dass einerseits illegale Aktivitäten nicht nur mit Bargeld abgewickelt werden² und andererseits der größte Teil der mit Bargeld finanzierten Transaktionen legaler Natur sind. Zudem enthält die Schattenwirtschaft auch Elemente eines »Sicherheitsventils«. Der moderne Staat erweist sich als äußerst produktiv im Erfinden immer neuer und komplizierter Regularien. Dies führt vielfach zu einer erheblichen Verteuerung bei der Produktion von Gütern und Dienstleistungen. Es ist daher zumindest nachvollziehbar, wenn einige Aktivitäten in die Schattenwirtschaft auswandern. Hier wäre die beste politische Antwort nicht die Abschaffung des Bargelds, sondern eine Entrümpelung des gesetzlichen Rahmens.

Unter einem mehr generellen Blickwinkel wäre auch nach dem enormen Kontrollpotenzial zu fragen, das sich in einer Welt mit rein elektronischem Zahlungsverkehr ergeben würde. In diesem Zusammenhang wurde auch schon vom »Orwellischen Albtraum« gesprochen (vgl. Goodhart und Krueger 2001, S. 10). In modernen vernetzten und computerisierten Gesellschaften ist der Mensch bereits in weitem Maße kontrollierbar: durch Aktivitäten im Internet, durch die Videoüberwachung öffentlicher Plätze, durch die Nutzung

von Mobiltelefonen und durch die Verwendung vielfältiger elektronischer Zahlungsmittel. Bis dato sind die Zahlungsdaten jedoch höchst unvollkommen, da die meisten Zahlungen in bar stattfinden und daher von Dritten nicht nachvollziehbar sind. Krüger und Seitz (2014, S. 27) schätzen, dass es im Jahr 2011 32 Mrd. Bartransaktionen in Deutschland gegeben hat. Damit kommt jeder Deutsche im statistischen Durchschnitt auf beachtliche 400 Bartransaktionen.³ Diese Schätzung stellt eher eine Untergrenze dar. Würden alle diese Transaktionen elektronisch abgewickelt und damit potenziell offen für eine Überwachung, dann hätten wir den gläsernen Bürger. Eine Privatsphäre im eigentlichen Sinne des Wortes gäbe es nicht mehr. Der Verlust der Anonymität (»cash is privacy«, Kahn, McAndrews und Roberds 2005) wird dazu führen, dass weniger legale (!) Transaktionen getätigt werden und es zu Ausweichreaktionen kommt. Diese führen zu Effizienzverlusten und Zusatzlasten (»deadweight losses«), die über die reine Abschaffung des Bargelds hinausgehen. Diese wirken analog der Effekte verzerrender Steuern. Es wird auf alle Fälle ohne Bargeld zu weniger Transaktionen kommen. Darauf deutet auch der Umstand hin, dass Bargeld selbst im Distanzhandel eine gewisse Rolle spielt. Das Modell »Bestellung im Internet – Abholung im Laden« (mit Barzahlungsalternative) genießt zunehmende Popularität (selbst Amazon plant, stationäre Läden zu eröffnen), und Initiativen wie www.barzahlen.de bieten neue Möglichkeiten für Barzahlungen im eCommerce.

In einer Welt ohne Bargeld würden auch die Zentralbankbilanzen erheblich kürzer ausfallen. Es würden weniger zinstragende Aktiva gehalten und die Gewinne der Zentralbanken wären geringer als heute. Möglicherweise könnten die Notenbanken dann nicht mehr genug Erlöse zur Deckung der eigenen Kosten erwirtschaften und wären somit abhängig von Zuwendungen ihrer jeweiligen Regierung. Hierdurch kann sich eine potenzielle Gefahr für die Unabhängigkeit der Zentralbanken ergeben.

Bargeld hat Eigenschaften, die es sehr schwer machen, einen perfekten elektronischen Ersatz zu entwickeln. Es ist anonym nutzbar, es kann ohne jede weitere Beteiligung von Dienstleistern verwendet werden, Zahlender und Zahlungsempfänger müssen nicht in irgendeiner Form »online« sein, es kann für kleine und große Beträge genutzt werden, die Zahlung ist einfach, bequem und schnell, die Zahlung ist definitiv und final (sie kann nicht rückgängig gemacht werden), und Bargeld ist relativ fälschungssicher.⁴ Ein elektronisches Zahlungsmittel, das alle diese Eigenschaften besitzt, gibt es zurzeit nicht. Würde es erfunden, dann wäre es ein Traum für alle, die in der Schattenwirtschaft aktiv sind

² In diesem Zusammenhang ist es bezeichnend, dass sich wesentliche Teile der Antigelddwäschemassnahmen und der Aniterrorfinanzierungsregeln auf unbare Zahlungsinstrumente beziehen. Vgl. hierzu die Vorschläge der Financial Action Task Force »FATF« vgl. www.fatf-gafi.org.

³ Dem standen 2011 nur 36 Kartenzahlungen gegenüber.

⁴ Die durch Falschgeld entstandene Schadenssumme betrug in Deutschland im Jahr 2014 3,3 Mio. Euro und machte damit nur einen Bruchteil der durch Kartenbetrug verursachten Schäden aus (vgl. Deutsche Bundesbank 2015).

– von Terroristen ganz zu schweigen. Es ist jedoch höchst unwahrscheinlich, dass es ein solches Zahlungsmittel je geben wird.

Die Sicherheitsprobleme, die sich bei einem Übergang zu einer komplett bargeldlosen Welt ergeben würden, werden vielfach ebenfalls nicht ausreichend gewürdigt. Dies beruht darauf, dass unterschätzt wird, wie intensiv und vielfältig Bargeld immer noch genutzt wird und was eine flächendeckende Einführung elektronischer Zahlungssysteme bedeutet. Vor allem würde ja nicht nur dazu gehören, dass wir alle mit einem solchen System bezahlen können – wir müssen auch alle in der Lage sein, in diesem System Zahlungen zu empfangen. »Alle« schließt dabei Leute mit herabgesetzten kognitiven Fähigkeiten genauso ein wie notorische Trickbetrüger. Wenn es kein Bargeld mehr gibt, dann muss – abgesehen von Kleinkindern und entmündigten Personen – wirklich jeder bargeldlose Zahlungen leisten und empfangen können. Damit alle es nutzen können, muss ein solches System sehr einfach sein. Und damit die Zahlungen reibungslos klappen, sollte es auch offline funktionieren, das heißt ohne Verbindung zu einer Bank oder einem sonstigen Zahlungsdienstleister. Die Offline-Fähigkeit ist zum einen dringend notwendig als Fallback-Lösung, wenn die Kommunikationsnetze nicht funktionieren sollten, und zum anderen, weil ein System mit 100% Online-Autorisierung vermutlich äußerst kostspielig wäre. Einfach, offline-fähig, anonym und möglichst bequem in der Nutzung ist in Kombination bisher nur durch Bargeld realisierbar. Es gibt zwar immer wieder Versuche, derartige Systeme anzubieten. Allerdings gelingt es nur begrenzt, diese Kombination zu verwirklichen. Beispielsweise ist Bitcoin weder besonders einfach zu nutzen noch bequem (bis zur Bestätigung, dass es sich tatsächlich um originäre Bitcoins handelt, muss der Zahlungsempfänger mehrere Minuten warten).⁵ Zudem sind Zweifel daran laut geworden, dass es tatsächlich unmöglich ist, nachzuverfolgen, wer Bitcoin-Zahlungen vorgenommen hat (vgl. Koshy et al. 2014).

Bei Bitcoins hat sich bereits gezeigt, dass es in diesem Zusammenhang nicht nur um die Sicherheit der Technologie, sondern auch um Diebstahl geht (vgl. Reißmann 2014). Bitcoin-Eigentümer müssen entweder ihrer eigenen Hardware (PC, Notebook, Tablet, Smartphone und der dort installierten Software) trauen und/oder Dienstleistern, die die Bitcoins »aufbewahren« und verwalten. Es mag eingewendet werden, dass ein System wie Bitcoin ja noch jung ist und die Sicherheitsprobleme über die Zeit beherrschbar werden. Es ist jedoch ein Trugschluss, zu glauben, dass Zahlungssysteme aus dem Sicherheitsproblem praktisch herauswachsen können. Denn auch die Anreize für Angriffe von Betrügern nehmen zu, wenn ein System wächst. Beispielsweise

⁵ Die durchschnittliche Dauer der Bestätigung einer Bitcoin-Zahlung kann abgerufen werden unter <https://blockchain.info/de/charts/avg-confirmation-time>.

zeigen die Daten der EZB (2014, S. 16), dass der Kartentrug gerade in den beiden größten Kartenzahlungsmärkten Europas, England und Frankreich, mit im Jahr 2013 jeweils 181 bzw. 137 Kartenzahlungen pro Kopf, relativ hoch ist. Mit über 0,06% des Zahlungsvolumens sind die Ausfälle in diesen beiden Ländern weit höher als zum Beispiel in Deutschland oder Belgien (Schäden von weniger als 0,03%), in denen Karten nicht so intensiv genutzt werden (Kartenzahlungen pro Kopf: 45 bzw. 119). Damit steht zu befürchten, dass gerade ein allgemeines elektronisches Zahlungsmittel, das als Bargeldersatz etabliert ist, in besonderem Maße Angriffen von Kriminellen ausgesetzt wäre. Ein solches System wäre auch schon deshalb besonders attraktiv für Betrüger, weil man diese nicht einfach von seiner Nutzung ausschließen kann. Wenn das Bargeld einmal abgeschafft ist, dann wird der Zugang zu elektronischen Zahlungssystemen sozusagen »Menschenrecht«.

Ein Aspekt, der ebenfalls wenig Beachtung findet, ist die Rolle des Bargelds in Krisen. Üblicherweise steigt im Zuge von Finanzkrisen die Nachfrage nach Bargeld an. So zahlte die Deutsche Bundesbank allein im Oktober 2008 (dem Monat der Lehman-Insolvenz) Bargeld in Höhe von 11,4 Mrd. Euro aus – das meiste davon in hohen Stückelungen (vgl. Deutsche Bundesbank 2009, S. 56 f.). Ein solcher »Run« auf die Banken wird meist als Gefahr für das Finanzsystem angesehen. Umgekehrt gilt jedoch auch, dass es für die Bankkunden sehr beruhigend sein kann, wenn sie feststellen, dass sie tatsächlich an »ihr Geld« kommen. In einem System mit rein elektronischer Währung wäre es für die Nicht-Banken möglicherweise unmöglich, Gelder aus dem Bankensystem abzurufen, ein Umstand, der sich krisenverschärfend auswirken könnte. Auch bei Zahlungsverkehrsproblemen (aufgrund von technischen Störungen, Streiks etc.) kann das Vorhandensein von Bargeld noch ein gewisses Maß an Zahlungen ermöglichen. In einem rein elektronischen System stünde man unter Umständen sogar ohne Zahlungsmittel dar.

Schließlich sollte auch nicht vergessen werden, dass die stabilen großen Währungen (vor allem der US-Dollar und der Euro) auch in instabilen und weniger entwickelten Ländern nachgefragt werden und dort einen stabilisierenden Effekt ausüben. Dieser positive externe Effekt würde mit der »Verbannung« von Bargeld zwangsläufig ebenfalls entfallen.

Insgesamt lässt sich also konstatieren, dass eine Politik, die auf die Abschaffung von Bargeld abzielt, erstens riskant und gefährlich ist, da damit die adressierten Probleme letztlich nicht gelöst werden können. Zweitens ist der Vorschlag nicht praktikabel, da dafür eine fast weltweite Abschaffung des Bargelds nötig wäre. Und drittens ist die Idee nicht implementierbar, solange der Sicherheitsaspekt nicht gelöst ist. Sollte das Bargeld trotz dieser Probleme abgeschafft werden, dann ist ein Ausweichen auf alternative, nicht-elektro-

nische Zahlungsinstrumente zu erwarten. In einer freiheitlichen marktwirtschaftlichen Ordnung ist die Idee, den Bürgern vorzuschreiben, mit welchem Zahlungsmittel sie bezahlen sollen, ein Fremdkörper. In diesem Sinne ist allein Bargeld wirklich »geprägte Freiheit«. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass die Abschaffung von Bargeld für einige Marktakteure und Politiker ein willkommener Vorschlag ist, um von den eigentlichen Ursachen der damit angeblich zu lösenden Probleme (Schattenwirtschaft, Nullzinspolitik) abzulenken. Ganz allgemein lässt sich zudem einwenden, dass hier relativ leichtfertig eine altbewährte Institution abgeschafft werden soll, die sich über Jahrhunderte bewährt hat. Bevor man einen solchen Schritt macht, sollte doch erst geprüft werden, ob es nicht andere und bessere Lösungen gibt.

Literatur

Buiter, W.M. (2009), »Negative Nominal Interest Rates: Three Ways to Overcome the Zero Lower Bound«, NBER Working Paper 15118, Juni.

Der Spiegel (2015), »Bargeld ist ein Anachronismus«, Interview mit Peter Bofinger, Nr. 21.

Deutsche Bundesbank (2009), »Die Entwicklung und Bestimmungsfaktoren des Euro-Bargeldumsatzes in Deutschland«, *Monatsbericht* Juni, 49–62.

Deutsche Bundesbank (2015), »Anstieg des Falschgeldes in Deutschland«, Pressenotiz, 23. Januar.

Europäische Zentralbank (2014), *Third Report on Card Fraud*, Frankfurt am Main.

Goodhart, C.A.E. und M. Krueger (2001), »The Impact of Technology on Cash Usage«, Financial Markets Group, London School of Economics, Discussion Paper 374.

Kahn, C.M., J. McAndrews und W. Roberds (2005), »Money is Privacy«, *International Economic Review* 46, 377–399.

Kimball, M. (2013), *Breaking Through the Zero Lower Bound*, 9. Mai.

Koshy, P., D. Koshy und P. McDaniel (2014), »An Analysis of Anonymity in Bitcoin Using P2P Network Traffic«, *Lecture Notes in Computer Science* 8437, 469–485.

Krüger, M. und F. Seitz (2014), *Kosten und Nutzen des Bargelds und unbarer Zahlungsinstrumente. Modul 1: Übersicht und erste Schätzungen*, Studie im Auftrag der Deutschen Bundesbank, Frankfurt am Main.

Reißmann, O. (2014), »Verdacht auf Diebstahl. Bitcoin-Börse Mt. Gox ist offline«, *Spiegel Online*, 25. Februar.

Rogoff, K. (1998), »Blessing or Curse? Foreign and Underground Demand for Euro Notes«, *Economic Policy* April, 263–303.

Rogoff, K. (2014), »Costs and Benefits to Phasing Out Paper Currency«, NBER Working Paper No. 20126, Mai.

Rösl, G. und K.-H. Tödter (2015), »Zins- und Wohlfahrtseffekte extremer Niedrigzinspolitik für die Sparer in Deutschland«, ROME Discussion Paper Series No. 15-01, Januar.

Van Hove, L. (2007), »Central Banks and Payment Instruments: a Serious Case of Schizophrenia«, *Communications & Strategies* 66(2), 19–46.



Robert Halver*

Bargeldlosigkeit – die vorgeschobenen und tatsächlichen Gründe

Auf den ersten Blick klingen die Argumente für die Abschaffung von Bargeld nachvollziehbar. Was spart sich die Volkswirtschaft nicht alles an Aufwand, wenn selbst der Müllriegel oder der Kaugummi mit EC- oder Kreditkarte bezahlt werden. In einer virtuellen Geldwelt sind kostspielige Sicherungssysteme für Bargeldbestände und aufwendige, sogar personengefährdende Geldtransporte völlig unnötig.

Und ist erst einmal die Bargeld-vegane Zeit angebrochen, hat man auch der Steuerhinterziehung, der Schwarzarbeit und Drogenkriminalität das Wasser abgegraben. Eine handwerkliche Leistung gegen einen DIN-A5-Umschlag mit bestimmtem Inhalt ist dann Geschichte. Eine alternative Tauschwirtschaft – z.B. ein Bad neu fliesen oder das Wohnzimmer streichen lassen oder eine Autoreparatur gegen Naturalgüter oder kostenlose Nachhilfe für lernschwache Schüler – ist in puncto »Zahlungsabwicklung« wenig praktikabel. Wenn schließlich so ziemlich alles auf Rechnung geht, käme Vater Staat aus seinen Freudenanfällen gar nicht mehr heraus: Mit erzwungener Steuerehrlichkeit und somit deutlich mehr Steuergeld würde der Bundeshaushalt nachhaltig schwarze Zahlen und nicht nur Nullen schreiben. In den Finanzämtern würde ein neuer Schlager, ja sogar ein Evergreen geboren: »Bargeldlos durch die Nacht«.

Ja, das sind durchaus überzeugende Gründe, dem Bargeld virtuell fremdzugehen.

Der gläserne Kunde wird Realität

Aber ich bleibe ein großer Freund des Bargelds. Denn auch wenn sich die Bargeld-Fleischlosen in puncto Nachteilen ger-

* Robert Halver ist der Leiter Kapitalmarktanalyse der Baader Bank, Frankfurt am Main.
Rechtliche Hinweise / Disclaimer und Grundsätze zum Umgang mit Interessenkonflikten der Baader Bank AG: <http://www.bondboard.de/main/pages/index/p/128>.

ne bedeckt halten, sie existieren dennoch. Wer jemals an der Tankstelle oder an der Supermarktkasse in der Schlange gestanden hat, weiß, dass Transaktionen per Kartenzahlung nicht immer die reine Freude sind. Wie oft wird die Karte vom Inhaber verkehrt herum in das Lesegerät gesteckt und wie oft wird der falsche Pin-Code eingegeben, der neuerdings immer häufiger verlangt wird? Auch habe ich den Eindruck, dass die Lesegeräte gar nicht so selten ausfallen. Die Bargeldzahlung ist dagegen ein zügiges Unterfangen. Aber vielleicht gibt es ja schon bald eine technische Weiterentwicklung: Vielleicht wird früher oder später jedem Bürger ein personalisierter Transaktionschip implantiert, der bei Verlassen des Supermarkts, der Tankstelle, des Restaurants oder des Möbelhauses sofort und automatisch die virtuelle Bezahlung der Rechnung veranlasst und nebenbei – als Zusatznutzen – auch noch Blutdruck und Cholesterinwerte misst. Schöne neue heile virtuelle Welt.

Ist eigentlich die Datensicherheit in der bargeldlosen Zahlungswelt gewährleistet? Wenn Ministerien, Großkonzerne und selbst das Smartphone der Kanzlerin gehackt werden, darf man durchaus die frevelhafte Frage stellen, ob das Geld wirklich dort ankommt, wo man es virtuell hin haben wollte.

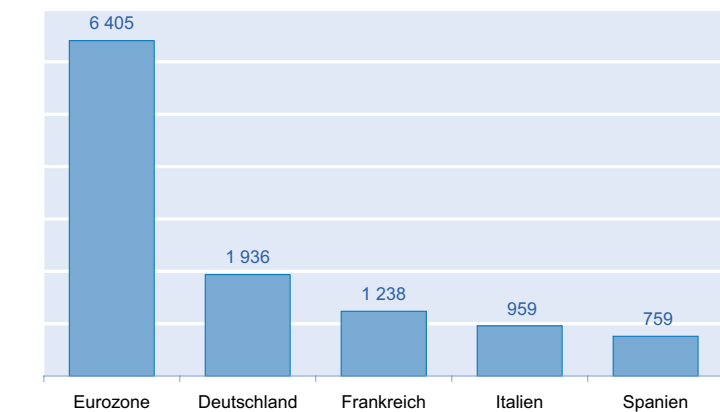
Überhaupt, wenn alle Zahlungen nur noch per Karte abgewickelt werden, sind Zahlungsleistende und -empfänger so gläsern wie eingekochte Birnen im Einweckglas. Wenn das keine Einladung, ja Steilvorlage für Marketing- und Vertriebsabteilungen von Konsum- und Logistikunternehmen ist, uns mundgerechte Angebote zukommen zu lassen. Wer also z.B. sonntags gerne ins Café geht und virtuell bezahlt, hat sich eindeutig als Liebhaber von Süßigkeiten geoutet. Da braucht sich niemand zu wundern, wenn einem das Internet ungefragt Werbung von Dr. Oetker oder Coppens & Wiese zukommen lässt. Und am Ende wird man beim Besuch im Café schon gar nicht mehr gefragt, was man gerne hätte, sondern es kommt – basierend auf zahlungstechnisch eindeutig dokumentierten Konsumgewohnheiten – unaufgefordert z.B. Schwarzwälder Kirschtorte und Milchkaffee. »Sweet« Big Brother is watching you!

EZB – in punkto Staatsschuldenkrise zwar allmächtig, in punkto Konjunkturkrise aber ohnmächtig?

Um was es den Befürwortern der Bargeldabschaffung neben gläsernen Kunden und noch mehr Steuergroschen hinter vorgehaltener Hand aber wirklich geht, ist etwas anderes, etwas viel größeres: Die Belebung der Konjunktur. Denn in dieser Disziplin ist die EZB trotz einer de facto Nullleitzins-

Abb. 1
Private Spareinlagen 2014

in Mrd. Euro



Quelle: Bloomberg.

politik und von ihr unterdrückten Kreditzinsen wenig erfolgreich. Die Konjunktur in der Eurozone springt bislang nur schleppend an, so wie frühere italienische Autos: Si, Si, No! Offenbar versagt Draghis konjunkturpolitisches Starterkabel beim Euro-Konsummotor. Die Eurobürger horten trotz niedrigster Anlagezinsen weiter unbekümmert Geldberge bei Banken und Sparkassen. Und nicht nur das, teilweise sparen sie sogar noch mehr, um die niedrigen Zinserträge zu kompensieren. So wird das nichts mit einem ordentlichen Konjunkturaufschwung.

Wie kommt das Spargeld in die reale Wirtschaft?

Damit deutlich weniger gespart bzw. entspart wird und stattdessen mehr konsumiert wird, träumen die Bargeldabschaffer von einer Konjunkturstarthilfe der besonderen Art. Man muss den konsumrenitenten Eurobürgern einfach die Lust am Sparen nehmen. Die EZB müsste über eine noch üppigere Liquiditätspolitik dafür Sorge tragen, dass Zinsanlagen flächendeckend keine positiven Renditen mehr abwerfen. Auf dem Höhepunkt der Immobilienkrise hatte bereits die US-Notenbank überlegt, Negativzinsen von 4 bis 5% einzuführen, um das Sparen zu ächten. Bei uns in der Eurozone wäre diese Maßnahme vermutlich besonders wirkungsvoll, denn bei uns wird im Gegensatz zu Amerika richtig gespart. Was für ein dem Wirtschaftswunder ähnliches Wachstum könnte erreicht werden, wenn auch nur Teile der 6,4 Billionen Euro Spargeld der Eurozone den Weg in den Konsum fänden?

Negative Zinsen sind in einem Bargeldsystem nicht möglich, ...

Leider hat die Sache einen dicken Haken, leider ist in unserem Bargeldsystem bei Anlagezinsen von null Schluss. Denn

würden die Zinsen und Renditen deutlich unter null fallen, geht das Geld nicht mehr als Spargeld zur Bank oder Sparkasse, sondern als Bargeld in den Keller oder unter die Matratze. Nur so entkämen die Bürger dem Zinsnachteil einer Spareinlage bzw. kämen in den Genuss eines Zinsvorteils. Doch dann ginge unsere Finanzwelt ein wie eine Primel, die während der Urlaubsabwesenheit nicht vom Nachbarn gegossen wurde. Der Bank Run, der Ansturm auf die Banken, die Schlacht um das wenige Bargeld, das nur ca. 5% der gesamten Geldmenge des Euro-Währungsraums ausmacht, würde zur Pleite des Euro-Bankensystems führen. Und die Realwirtschaft hätte so am Ende auch nichts gewonnen.

... aber was nicht passt, kann ja passend gemacht werden!

Unser Bargeldsystem ist also das entscheidende Hindernis, den Eurobürgern die Lust auf Sparen zu nehmen. Also muss das Bargeld weg! Dann lassen sich Negativzinsen auch ohne Bargeldhortung und Bank Run umsetzen. Wenn die Eurobürger feststellen, dass das Sparguthaben bereits nominell – also vor Inflation – laufend weniger wird, werden sie es früher oder später für Immobilien, Autos oder Möbel ausgeben. Es lebe der konsumgetriebene Aufschwung.

Übrigens, im Gegensatz zur Besteuerung von Sparvermögen zum Zwecke staatlicher Konjunkturstützung machte sich die Politik mit dieser bargeldlosen »Konjunkturmobilisierung« auch deutlich weniger unbeliebt. Denn so lässt uns Vater Staat im Sinne von »Vogel friss oder stirb« zumindest die Wahl: Verarmungssparen oder Konsumfreuden.

Liebe Leserinnen, liebe Leser, halten Sie die Bargeldabschaffung für utopisch? Hätten Sie vor 2008 gedacht, dass unser Finanzsystem schulden-, geld- oder stabilitätspolitisch dort steht, wo es heute steht? Oder hätten Sie gedacht, dass unsere einst eisernen Euro-Stabilitätskriterien auf dem Altar der Solidarität zu Griechenland geopfert werden? Wo ein politischer Wille, ist auch immer ein politischer Weg!

Und wann ist es soweit? Die Bargeldabschaffung wird kommen, aber nicht über Nacht, sondern allmählich und in Einzelschritten. So hat die Politik genügend Zeit und Muße, die Bevölkerung an diesen zahlungstechnischen Kulturschock zu gewöhnen. Zum Vergleich: Wenn der Schwiegersonn zehnmal am Tag das Wort Schwiegermutter ausspricht, verliert es früher oder später ja auch an Dramatik. Der 500-Euro-Schein ist der erste, der entsorgt wird, dann der 200er. Das Klimpergeld wird frühzeitig abgeschafft. Gleichzeitig wird die Höhe von Bargeldabhebungen immer mehr eingeschränkt.

Was nun, liebe Anlegerinnen und liebe Anleger?

Glasklar wie der gläserne Bankkunde ist, dass unter der Perspektive der Bargeldabschaffung das aktuell schon unattraktive Zinssparen auch zukünftig nicht attraktiver wird, im Gegenteil. Schon heute ist der Weltspartag längst zum Volkstrauertag geworden. An niedrigsten Zinsen, die meine Altersvorsorge schneller altern lassen als ich selbst, habe ich kein Interesse. So habe ich mein Zinsvermögen längst auf ein erträgliches Maß gestutzt. Zum Glück gibt es Ersatzbefriedigungen: Substanzaktien, deren Dividenden ich langfristig immer wiederanlege, sichern mir einen alternativen Zinseszineffekt.

Für Aktien hätte die Bargeld-Veganerie sogar einen großen Vorteil: Wenn die virtuelle Zahlungswelt gezwungenermaßen die Konsumlaune hebt und selbst der eiserne sparende deutsche Michel zu einem Verbraucher der amerikanischen Machart wird, empfängt der Aktienmarkt neben den geldpolitischen Liquiditäts- auch die konjunkturellen Freuden.

Soll die Politik das Bargeld doch abschaffen, ich habe meine rettende Anlage-Insel gefunden!



Albrecht F. Michler*

Der Verzicht auf Bargeld löst keine ökonomischen Probleme

Argumente für die Abschaffung des Bargelds

Seitens der Befürworter einer bargeldlosen Wirtschaft werden vier Argumente in den Vordergrund gestellt:

- Ein bargeldloses Zahlungsverkehrssystem sei angesichts der verfügbaren technischen Möglichkeiten effizienter als ein System mit Bargeld (z.B. Bewirtschaftung des Bargelds, Zeitverluste bei Bargeldzahlungen etc.).
- Die Anonymität von Bargeldzahlungen würde die Schwarzarbeit und andere Straftaten (z.B. den Drogenhandel) begünstigen.
- Seitens der Sicherheitsbehörden wird auf die Kriminalität im Umfeld von Bargeld (Überfälle, gefälschte Banknoten etc.) verwiesen.
- In einem Nullzinsumfeld würden die Effekte geldpolitischer Maßnahmen erschwert. Die Etablierung negativer Zinssätze und die damit angestrebte Ausweitung der Konsum- und Investitionsbereitschaft würden seitens der Marktteilnehmer mit Hilfe von Bargeld unterlaufen. Die geldpolitischen Spielräume der Notenbanken würden eingeengt und erfordern den Einsatz unkonventioneller Maßnahmen.

Sind diese Argumente für die Vorteilhaftigkeit einer bargeldlosen Volkswirtschaft gut begründet? Welche Kosten entstehen durch die Abschaffung des Bargelds?

Höhere Effizienz eines bargeldlosen Zahlungssystems

Die unterstellten Effizienzvorteile bargeldloser Zahlungen lassen sich nicht eindeutig belegen. Krüger und Seitz (2014, S. 65) weisen auf die Schwierigkeiten bei der Ermittlung der tatsächlich anfallenden Kosten in unterschiedlichen Zahlungssystemen hin. Ferner lassen sich aus empirischen Ergebnissen für einzelne Länder keine generellen Rückschlüsse ziehen.

* Prof. Dr. Albrecht F. Michler ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf.

Bargeldzahlungen und Schwarzarbeit

Betrachtet man das Ausmaß der Schwarzarbeit, so lässt sich international ein Rückgang konstatieren (Schneider 2015, S. 16). Dennoch erscheint das Ausmaß aus gesellschaftspolitischer Sicht zu hoch und wird durch den anonymen Zahlungsverkehr mit Bargeld begünstigt. Andererseits stellt die Bargeldhaltung nicht die primäre Ursache für den Umfang der Schattenwirtschaft dar. Diese ist in den unzureichenden ordnungspolitischen Rahmenbedingungen (Steuerbelastung etc.) zu suchen. Wie ließen sich sonst gravierende Unterschiede im Ausmaß der Schattenwirtschaft zwischen Österreich oder Luxemburg (jeweils 9,7% vom BIP) und Griechenland (27,5%) erklären (vgl. Murphy 2012, S. 10–11). Zudem sind Länder – wie Deutschland – mit einer vergleichsweise hohen Präferenz für Bargeldzahlungen nicht durch eine große Schattenwirtschaft geprägt.

Sinkende Kriminalität in bargeldlosen Zahlungssystemen

In bargeldlosen Systemen würden keine Überfälle verübt oder Banknoten gefälscht. Andererseits wird die Cyber-Kriminalität ansteigen, da die Gewinnaussichten deutlich höher sind als bei einem klassischen Überfall. Neben der Cyber-Kriminalität dürften die Risiken durch Cyber-Kriege ansteigen. Das Zahlungssystem eines anderen Staates gehört zu den Schlüsselindustrien, die in einem Cyber-War vorrangig angegriffen werden, um die Volkswirtschaft lahmzulegen. Die Aufwendungen für die erforderlichen Absicherungsmaßnahmen lassen sich angesichts des Fortschritts in der Informationstechnologie kaum abschätzen, dürften die Kosten der traditionellen Kriminalitätsprävention bei Bargeld auf Dauer aber überschreiten.

In Zeiten immer neuer NSA-Enthüllungen stellt sich die Frage, inwieweit der Datenschutz tatsächlich für jeden Bürger gewährleistet ist. Es sind nicht nur illegale Aktivitäten staatlicher Stellen, sondern auch die Datensammlung und Informationsauswertung privater Unternehmen, die zum gläsernen Bürger beitragen. Ein vollständig bargeldloses Zahlungssystem liefert zusätzliche Erkenntnisse über das Verhalten und die Präferenzen der Marktteilnehmer. Schließlich kann der Staat in letzter Konsequenz alle Finanztransaktionen seiner Bürger überwachen und bereits bei Verdacht alle Zahlungsaktivitäten und Konten einfrieren.

Die Notwendigkeit negativer (Real-)Zinssätze

Mangelnde Effizienz der zinsorientierten Geldpolitik an der Nullzinsgrenze

In einem Nullzinsumfeld verliert eine zinsorientierte Geldpolitik ihre Wirkung und erfordert den Übergang zu unkonventionellen geldpolitischen Maßnahmen im Sinne einer tradi-

tionellen Offenmarktpolitik. Es liegt nahe, den Spielraum der konventionellen Zinspolitik durch die Möglichkeit negativer Nominalzinsen zu erweitern (vgl. Rogoff 2014). Andererseits bleibt die Frage unbeantwortet, warum sukzessive Zinssenkungen bislang keine Wirkungen gezeigt haben. In diesem Fall muss darüber diskutiert werden, ob eine zinsorientierte Geldpolitik überhaupt eine geeignete Komponente der geldpolitischen Strategie darstellt oder ob man nicht das operative Ziel der Geldpolitik wieder an einem Mengenaggregat ausrichtet. Bejaht man die Wirksamkeit zinspolitischer Maßnahmen, stellt sich aber die Frage, warum sie in der aktuellen Situation nicht wirken. Die Antwort liegt nahe: Die ökonomischen Probleme sind nicht konjunktureller, sondern struktureller Natur, und die Geldpolitik ist de facto das falsche Instrument zur Lösung der Probleme.

Geldpolitische Steuerungsprobleme können ferner daraus resultieren, dass sich ein Teil des Bargelds außerhalb des Währungsgebiets befindet. Aus Sicht der Notenbank lässt sich nur schwer abschätzen, in welchem Umfang ihre Währung im Ausland verwendet wird. Dies gilt insbesondere für den US-Dollar sowie den Euro, die als mehr oder minder offizielle Zweitwährung (Dollarisierung, Euroisierung) in zahlreichen Ländern zum Einsatz kommen. Betrachtet man – unter dem Aspekt der geldpolitischen Steuerung – den Geldmengenmultiplikator M1 für die USA, so lässt sich ein stetiger Rückgang des Multiplikators seit Mitte der 1980er Jahre bis zum Ausbruch der Finanzkrise beobachten. Durch den trendmäßigen Verlauf war die Entwicklung von M1 aber ausreichend prognostizierbar und damit steuerbar. Ähnliche Ergebnisse lassen sich auch für die Multiplikatoren der Eurozone konstatieren. Seit der physischen Einführung des Euro sanken die Multiplikatoren bis zur Krise stetig ab. Sowohl in den USA als auch in der Eurozone lassen sich danach Schwankungen in den Multiplikatoren identifizieren, die aber lediglich einen Reflex auf eine unstetigere Geldbasisversorgung darstellen. Am aktuellen Rand stabilisiert sich der Multiplikator in den USA auf einem niedrigeren Niveau, während die Multiplikatoren in der Eurozone wieder gegen das Vorkrisenniveau konvergieren.

Das Problem der säkularen Stagnation

Die von Hansen bereits in den 1930er Jahren postulierte These von der säkularen Stagnation, d.h. dem Ende der wirtschaftlichen Expansionsphase, wird von Gordon (2014) wieder aufgegriffen. Die Abschwächung des Wachstums begründet er beispielsweise mit einer Stagnation bzw. Alterung der Bevölkerung sowie dem Rückgang staatlicher Leistungen aufgrund einer zunehmenden Staatsverschuldung (vgl. Mayer 2014, S. 4).

Summers (2014) verortet die Ursachen hingegen in einer unzureichenden Investitionsnachfrage. Diese resultieren beispielsweise aus dem niedrigen Bevölkerungswachstum so-

wie aus einem geringeren technischen Fortschritt. Zudem steigen die Ersparnisse aufgrund einer zunehmenden Ungleichverteilung der Einkommen zugunsten hoher Einkommensbezieher und im Zuge der Finanzkrise die Nachfrage nach sicheren Anlagen. Im Ergebnis übersteigen die Ersparnisse die gewünschten Investitionen (»savings glut«). In ähnlicher Weise begründet von Weizsäcker (2013) einen Überschuss der Ersparnisse. Die zunehmende Altersvorsorge der Bevölkerung in den Industrieländern erhöht die Ersparnisse und drückt das reale Zinsniveau gegen null.

Krugman und Blanchard fordern deshalb eine Erhöhung der Inflation, um über negative Realzinsen Investitionsanreize zu schaffen. Im Nullzinsumfeld ließe sich der monetäre Transmissionsprozess aber nur initiieren, wenn auch die Nominalzinssätze unter null gedrückt werden. Dabei wird allerdings nicht beachtet, dass die Marktakteure in einem Niedrigzinsumfeld auf andere Anlagevehikel – wie Immobilien oder Aktien ausweichen – und dort die Risiken von Preisblasen entstehen, die beim Platzen neue Finanzkrisen auslösen. Summers und von Weizsäcker befürworten deshalb eine Aufstockung öffentlicher Investitionen. Eine geldpolitische Flankierung mit Hilfe negativer Zinssätze und die vorherige Abschaffung von Bargeld ist folgerichtig nicht zwingend erforderlich.

Man kann noch einen Schritt weitergehen und die These der säkularen Stagnation in Frage stellen. Treffen die Überlegungen von Summers bzw. von Weizsäcker zu, müssten trendmäßige Veränderungen der Investitionsquote identifizierbar sein. Es lässt sich aber weder ein trendmäßiger Anstieg noch ein trendmäßiger Rückgang der globalen Investitionsquote anhand der empirischen Daten bestätigen (Mayer 2014, S. 6).

Im Ergebnis lässt sich aus geldpolitischer Sicht somit kein überzeugendes Argument für die Abschaffung von Bargeld finden. Auch die Etablierung von negativen (Real-)Zinsen im Sinne einer Financial Repression ist wirtschaftspolitisch fragwürdig. Sie stellt zwar für den Staat eine elegante Möglichkeit dar, seine Staatsschuldenquote abzusenken, die Nettowohlfahrtsverluste sind allerdings enorm (vgl. Rösl und Tödter 2015). Die Fehlallokation von Ressourcen und Fehlinvestitionen aufgrund negativer Zinsen sind dabei in aller Regel noch nicht eingerechnet.

Ausweichmöglichkeiten bei negativen Einlagensätzen

Als Ökonom weiß man, staatliche Maßnahmen provozieren Ausweichstrategien. Solange die negative Verzinsung die Kosten der Bargeldhaltung (z.B. Anschaffung gesicherter Lagerstätten, Versicherungsprämien etc.) nicht übersteigt, werden insbesondere institutionelle Marktteilnehmer ihr Ver-

halten nicht verändern. Die Grenze für die »akzeptierte« Negativverzinsung lässt sich nicht genau fixieren, dürfte aber vermutlich bei ca. $-0,5\%$ liegen.^{1,2}

Die Akteure könnten der Negativverzinsung durch eine Vielzahl von Aktivitäten begegnen (vgl. Cochrane 2014):

- Beim Wegfall der eigenen Währung liegt es nahe, dass man in andere Währungen oder auf Edelmetalle ausweicht. Dieses Risiko wird auch von den Befürwortern einer bargeldlosen Wirtschaft gesehen. Bofinger (2015) schlägt vor, dass in diesem Fall die staatlichen Institutionen genauer hinschauen. Größere Mengen an Fremdwährung wären demnach verdächtig. Sofern man die Bargeldabschaffung mit einer unzureichenden Kontrollmöglichkeit bei Zahlungsströmen begründet, impliziert dieser Vorschlag allerdings eine höhere Kontrollintensität. Die Verschärfung der Kontrollen könnte man allerdings auch bei Existenz inländischen Bargelds vornehmen. Es bleibt also die Frage offen, ob die Verwendung einer anderen Währung das Problem der Schattenwirtschaft a priori reduziert. Dies erscheint zweifelhaft. Vor diesem Hintergrund ist es sinnvoll, wenn alle großen Wirtschaftsräume künftig auf Bargeld verzichten (vgl. Bofinger 2015). Dieser Nirwana Approach dürfte gegenwärtig kaum Chancen auf eine wirtschaftspolitische Realisierung haben.
- Durch Steuervorauszahlungen könnte der Steuerbürger in vielen Ländern eine negative Verzinsung vermeiden. Das Ausfallrisiko der Vorauszahlung dürfte gering sein, insbesondere wenn künftig mit Steuerzahlungen zu rechnen ist.
- Vorauszahlungen an Energieversorger, Telefongesellschaften oder andere Unternehmen wären denkbar. Hierbei besteht ein Ausfallrisiko und im Ergebnis wird das Problem der Negativverzinsung auf andere Akteure abgewälzt. Im Fall von Mietzahlungen oder der Bedienung von Hypotheken bieten sich ebenfalls Vorauszahlungen an.
- Unternehmen könnten Lieferanten oder Leasinggeber vorab bezahlen, Lohnvorauszahlungen leisten oder Sondervergütungen vorziehen und damit Arbeitnehmer verpflichten, im Unternehmen zu bleiben.
- Privatpersonen könnten sich mit Wertkarten oder Gutscheinen (Fahrscheine für den öffentlichen Nahverkehr, Einkaufskarten etc.) eindecken. Diese Karten könnten

zudem als Substitut für Bargeld genutzt werden, da sie anonym tauschbar sind.

Im Ergebnis lässt sich gegen die Beispiele einwenden, dass man die Rahmenbedingungen soweit verändern kann, dass diese Ausweichstrategien nicht mehr möglich sind. Der regulatorische Aufwand dürfte aber angesichts immer neuer Ausweichideen kaum abschätzbar sein. Die auftretenden »Kollateralschäden« im Sinne gesamtwirtschaftlicher Effizienzverluste dürften sukzessive steigen.

Bargeldlose Volkswirtschaften und Währungsreformen

Angesichts der Diskussion über den Austritt Griechenlands aus der Eurozone stellt sich die Frage, ob eine bargeldlose Wirtschaft Währungsreformen vereinfacht. Im Fall Griechenlands – das sich scheinbar nicht auf einen potenziellen Euroaustritt durch das Drucken neuer Drachme-Noten vorbereitet hat – dürfte eine vollständige Währungsreform Wochen dauern. Ob ein klarer Schnitt (der in bargeldlosen Volkswirtschaft jederzeit möglich wäre) oder der verzögerte Austritt (bis zur Bereitstellung neuer Noten) bzw. eine vorab erkennbare Währungsreform (Informationen über den Druck neuer Geldscheine werden publik) aus ökonomischer Sicht zu präferieren ist, ist vermutlich fallweise zu beantworten. Festzuhalten bleibt, dass bargeldlose Volkswirtschaften Schuldenschnitte bzw. Währungsreformen begünstigen und in speziellen Phasen die Unsicherheit der Marktteilnehmer erhöhen können.

Resümee

Fasst man die Überlegungen zusammen, ist eine staatlich verordnete Abschaffung des Bargelds wenig überzeugend. Die Kosten können den zusätzlichen Nutzen überschreiten. Die Nutzen-Kosten-Analyse, die sich an Einfachheit, der Sicherheit und der Schnelligkeit von Zahlungsmitteln orientieren wird (vgl. Bundesbank 2015), kann man den Marktakteuren überlassen. Der Bürger kann selber entscheiden, wie er Zahlungen tätigt bzw. seine Kaufkraft in die Zukunft transferiert. Eine Abschaffung von Bargeld würde – wie Thiele (2015) zu Recht bemerkt – die Konsumentensouveränität verletzen. Bargeld muss man in der Tat als »geprägte Freiheit« interpretieren und die verfassungspolitischen Aspekte betonen (vgl. Fels 2015). Nicht alle privaten Aktivitäten sollten der potenziellen Kontrolle des Staates unterliegen.

Die mit der Bargeldhaltung verknüpften Probleme sind wenig stichhaltig. Die Reduktion der Schattenwirtschaft muss an den Ursachen ansetzen. Diese sind nicht primär in der Ausgestaltung des Geldsystems zu suchen. Eine Flankierung der Konjunktur- und Wachstumspolitik durch die Abschaffung

¹ Vor diesem Hintergrund ist es interessant, wie die Marktakteure längerfristig auf die Entscheidung der Schweizerischen Nationalbank reagieren, die Anfang 2015 den Zinssatz für Bankguthaben auf $-0,75\%$ senkte.

² Eine »höhere« Negativverzinsung wäre auch bei Existenz von Bargeld denkbar. Mankiw schlägt die Einführung einer Lotterie vor. Geldscheine, deren Seriennummern bei der Auslosung gezogen werden, sind dann wertlos. Derartige Vorschläge sind nicht neu und lassen sich mit den Überlegungen von Gesell zum Schwundgeld verknüpfen. Störungen im Wirtschaftsprozess durch Horten bzw. Enthorten von Geld sollen dadurch verhindert werden, dass die Banknoten in regelmäßigen Zeitabständen mit gebührenpflichtigen Marken beklebt werden. Der damit verbundene Geldwertschwund soll die Geldhaltung mit Kosten belegen und den Konsum bzw. die Investitionen fördern.

des Bargelds erscheint ebenfalls nicht zielführend. Generell ist anzuzweifeln, ob die Geldpolitik gezielt für realwirtschaftliche Ziele eingesetzt werden soll. Speziell ist nicht erkennbar, wie die Abschaffung des Bargelds zu einer Revitalisierung des monetären Transmissionsprozesses an der Nullzinsgrenze beitragen soll. Letztlich entscheiden nicht einige Basispunkte bei den Zinskonditionen über Unternehmensinvestitionen, sondern das gesamtwirtschaftliche respektive ordnungspolitische Umfeld. Die geldpolitische Flankierung der allgemeinen Wirtschaftspolitik hat größere Schäden in Folge der Finanzkrise verhindert und Zeit für strukturelle Anpassungen geliefert. Unzureichende Strukturreformen lassen sich aber nicht mit Hilfe der Geldpolitik substituieren. Auch für den Fall, dass eine säkulare Stagnation der Weltwirtschaft entsteht, sind Negativzinsen nicht geeignet, die Probleme dauerhaft zu beseitigen. Eine Abschaffung des Bargelds ist somit auch hierüber nicht begründbar.

Abschließend bleibt festzuhalten, dass die Abschaffung des Bargelds auch eine Minderung der Schuldnerbonität impliziert, da es sich bei Girokonten nur um Forderungen gegenüber den Kreditinstituten handelt und nicht wie bei Banknoten beispielsweise gegenüber dem Eurosystem. Zu klären bleibt auch, welche Konsequenzen sich für die Einlagensicherungssysteme ergeben, d.h. inwieweit die Einleger zur Abdeckung von Bankverlusten herangezogen werden können.

Literatur

Bofinger, P. (2015), »Bargeld ist Anachronismus«, *Der Spiegel* 21, 56.

Cochrane, J. (2014), »Cancel Currency?«, *The Grumpy Economist*, verfügbar unter: <http://johnhcochrane.blogspot.de/2014/12/get-rid-of-currency.html>, 30. Dezember.

Deutsche Bundesbank (2015), *Zahlungsverhalten in Deutschland 2014*, Dritte Studie über die Verwendung von Bargeld und unbaren Zahlungsinstrumenten, Frankfurt am Main.

Fels, L. (2015), Interview in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, 18. Mai.

Gordon, R. (2014), »The Turtle's Progress: Secular Stagnation meets the Headwinds«, in: C. Teulings und R. Baldwin (Hrsg.), *Secular Stagnation, Facts, Causes and Cures*, CEPR Press, London, 47–59.

Krüger, M. und F. Seitz (2014), »The Importance of Cash and Cashless Payments in Germany. Overview and First Estimates«, in: Deutsche Bundesbank (Hrsg.), *The Usage, Costs and Benefits of Cash – Revisited, International Cash Conference 2014*, Frankfurt am Main, 15–73.

Mayer, T. (2014), »Zins: tot, mausetot oder nur scheinot?«, Flosbach von Storch Research Institute, *Makroanalyse* 9/2014.

Murphy, R. (2012), »Closing the European Tax Gap«, A Report for Group of the Progressive Alliance of Socialists & Democrats in the European Parliament, Taxresearch LLP, Norfolk.

Rogoff, K.S. (2014), »Costs and Benefits to Phasing Out Paper Currency«, National Bureau of Economic Research, NBER Working Paper No. 20126, Washington D.C.

Rösl, G. und K.-H. Tödter (2015), »Zins- und Wohlfahrtseffekte extremer Niedrigzinspolitik für die Sparer in Deutschland«, *ROME Discussion Paper Series*, No. 15-01.

Schneider, F. (2015), »Schattenwirtschaft und Schattenarbeitsmarkt: Die Entwicklungen der vergangenen 20 Jahre«, *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* 16(1), 3–25.

Summers, L. (2014), »Reflections on the »New Secular Stagnation Hypothesis«, in: C. Teulings und R. Baldwin (Hrsg.), *Secular Stagnation, Facts, Causes and Cures*, CEPR Press, London, 27–38.

Thiele, C.-L. (2015), »Die Zukunft des Bezahlens«, Tegernseer Dialog, Rede vom 5. Mai 2015, verfügbar unter: https://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Reden/2015/2015_05_05_thiele.html.

Wezsäcker, C.C. v. (2013), »Der Vorsorge-Albtraum«, *Wirtschaftsdienst*, Sonderheft, 7–15.